

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends. Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34 (auch frei in 3 Kreuz) und bei den Depots 2 Mk., bei allen Reichs-Postanstalten 2 Mk. 50 Pf.

# Thorner

Inserationsgebühr die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34, Heinrich Reß, Koppernikusstraße.

# Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpfe. Graudenz: Der „Gesellige“. Lauenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Luften.

Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstr. 17, I. Et. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haafenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidentank, G. L. Daube u. Co. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg zc.

## Vom Reinstage.

In der Sitzung am Donnerstag wurde die zweite Lesung der Militärvorlage fortgesetzt. Zunächst erhielt das Wort

Abg. Richter (Dfr.) Er erklärte in seinen Ausführungen, nur auf den Antrag Huene eingehen zu wollen. Redner charakterisierte zunächst die Unterschiede zwischen dem von Huene'schen und dem freisinnigen Antrag. Die Begrenzung der Einführung der zweijährigen Dienstzeit auf fünf Jahre stehe schon im Widerspruch mit der Thatsache, daß die neuen Kadres auch nach fünf Jahren bestehen bleiben und die Regierung alsdann immer wieder mit einer Preffion kommen könne. Der Antrag Huene bewillige sämmtliche neue Kadres mit Ausnahme derjenigen der Kavallerie, im Ganzen 2/3 der Regierungsvorlage. Alles, was im Antrag Huene enthalten, sei bereits vor Ostern als Angebot eines Offiziösen bekannt gewesen. Abg. Richter wandte sich sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Der Reichskanzler habe gestern ein Zerrbild von den Kommissionsverhandlungen entworfen durch Herausgreifen einzelner Ausdrücke, z. B. Militarismus zc. Niemals sei von einer Kommission so gründlich verfahren worden, von oberflächlicher deklamatorischer Behandlung der Vorlage in der Kommission könne keine Rede sein. Die Art und Weise, nur Sachautoritäten maßgebend sein zu lassen, sei eine Negation des Parlamentarismus; die verfügbaren Mittel eines großen Gemeinwesens je nach Wichtigkeit zu verteilen, sei nicht die Aufgabe einseitiger Berufsmänner; wer die deutsche Armee nicht kenne, könnte nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers meinen, es sei überhaupt eine Armee erst zu schaffen. Die Armee sei heute dreimal so stark wie 1870, es seien unendliche Aufwände an Material und Festungen gemacht. Die Marine sei vervierfacht worden. Dazu komme noch der Dreihund. Der Reichskanzler habe gesprochen wie ein Kriegsminister; mit seinen Darlegungen könne man noch zwei solche Vorlagen rechtfertigen. Die Rede des Kanzlers mit ihren allgemeinen Wendungen erinnere lebhaft an alle früheren Kanaler und Kriegsminister, die ebenso die Erhöhung der Militäraufgaben verteidigt hätten. Große Kulturaufgaben blieben zurück, z. B. in Preußen das Fortbildungsschulwesen. Während man dort um Hunderttausende feilschte, solle man hier unbeschene Millionen bewilligen. Die Wehrkraft des Landes sei ein Produkt der gesamten materiellen und ideellen Kräfte der Nation und nicht bloß eines Rechenexempels. Seit dem Sommer 1888 scheine eine merkwürdige Wandlung am maßgebender Stelle in den Ansichten über die Aufgaben des Heeres eingetreten zu sein. Man dürfe dem Volke nicht zu viel Lasten auferlegen. Die zweijährige Dienstzeit erweise in der Vorlage in solcher Verpackung, daß die Freisinnigen unmöglich dafür stimmen könnten. Der Redner ging ausführlich auf militärische Details ein. Wenn man das Volk frage, werde man überall Entrüstung finden über die Verwendung von Soldaten zu Dingen, wozu sie nicht bestimmt seien. Hier müsse eine Einschränkung stattfinden. Der Hinweis auf Frankreich und Rußland sei unzutreffend. Frankreich habe um die Hälfte weniger Bevölkerungszuwachs, die Hauptfrage sei die Deckungsfrage. Die Erhöhung der indirekten Steuern treffe vor allem die ärmere Bevölkerung. Die größten Bewunderer der Vorlage fänden sich unter den Wohl-

habenden. Was würden diese zu der Perspektive einer Erhöhung der Einkommensteuer sagen? Die Konservativen sollten doch die Liebesgabe auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen. Die Unzufriedenheit sei so groß im Lande, wie nie zuvor. Das populärste Programm sei jetzt: keine neuen Steuern, keine neuen Soldaten, keine neuen Gesetze! Das Ansehen des Reichstages werde durch die Annahme des Huene'schen Antrages angeht die Vorgänge erster Lesung sicher nicht erhöht. Huene sei mit dem ganzen Eifer des Neubefehrten aufgetreten. Wer solle vor Konflikt Angst haben? Gott beschütze die Regierung vor ihren Freunden, so meinten vor Huene (Große Heiterkeit), der die Möglichkeit eines Staatsstreiches angedeutet habe. Der Reichstag wäre nichts werth, der aus Furcht vor einer Vergewaltigung seine Grundzüge preisgebe. Die freisinnige Partei habe nie patriotischer gehandelt, als durch die Ablehnung des Huene'schen Antrages.

Reichskanzler Graf Caprivi: Die Regierung kann sich zu den Bemühungen eines Freundes wie es der Abg. Huene ist, nur Glück wünschen. Der Abg. Richter hat die Gabe, das nicht zu hören, was er nicht hören will. Der Krieg darf nicht im eigenen Lande geführt werden, sondern muß im Lande des Feindes stattfinden. So lange Herr Richter nicht besser rechnet, bleibe ich bei meiner Forderung. Es steht fest, daß Frankreich bedeutend mehr für das Heer ausgiebt als Deutschland. Wenn es zu Neuwahlen kommt, dann wird unsere Parole der Antrag Huene sein.

Abg. v. Stumm-Halberg (Rp.): Die Frage der Deckung der Kosten muß zurücktreten vor derjenigen, welche die Sicherung des Reiches bezweckt.

Abg. Bebel (Soz.): Deutschland ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen. Nur die Furcht vor den Wählern hält die meisten Abgeordneten ab, für die Militärvorlage zu stimmen. Die Regierung soll sich hüten, das allgemeine Wahlrecht einschränken zu wollen. Der Revolution von oben könnte leicht eine Revolution von unten folgen.

Ein Vertagungsantrag wurde angenommen. Nächste Sitzung Freitag: Fortsetzung der Militärvorlage.

## Vom Landtage.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Donnerstag zunächst einige kleinere Vorlagen und begann hierauf die zweite Lesung des Gesetzes betreffend die Aufbesserung des Einkommens der Volksschullehrer und die Hebung des Volksschulwesens. Der § 1 wurde bekanntlich schon in Gemeinschaft mit der Berathung über die Ergänzungsteuer erledigt. Die Regierungsvorlage bezweckte, die Summe von je 3 Millionen Mark aus den Steuerüberschüssen jährlich zur Aufbesserung des Volksschullehrer-Einkommens in den Etat einzustellen; ferner zur Ausföhrung unaufschiebbarer Volksschulbauten eine für alle Mal 6 000 000 Mark anzuzuwenden und außerdem noch jährlich eine Million. Diese Fassung hat das Haus verworfen und statt dessen die Einstellung von je 2 Millionen Mark für die Aufbesserung der Lehrergehälter und Deckung der Schulbaubedürfnisse in die Stats für 1893/94 und 1894/95 beschlossen.

§ 2 bestimmt, in welcher Weise die Streitigkeiten

geschlichtet werden sollen, welche über die Höhe der von den Aufsichtsbehörden geforderten Schulleistungen entstehen können.

Abg. Brühl erklärt Namens der Zentrumsfraktion, die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf nicht geben zu können, obgleich die Mangelhaftigkeit des Gesetzes von 1887 zugegeben werden müsse.

Abg. v. Schenkendorf tritt mit Wärme für die Vorlage ein, deren Mangelhaftigkeit er nicht verkenne.

Abg. Graf Limburg spricht im Namen der Konservativen die Ablehnung des Entwurfes aus, weil ein Schuldotationsgesetz unmöglich sei, ohne die großen ethischen Fragen eines Schulgesetzes zu regeln. Die Konservativen befinden sich trotz ihres Wohlwollens für die Volksschule und die Volksschullehrer in einer Zwangslage.

Abg. Richter warnt die Konservativen vor den Folgen ihrer Taktik, das Gesetz einfach im Plenum abzulehnen und dasselbe nicht einmal an eine Kommission zu überweisen. Die Erhebung des Volksschulgelbes sei für eine hinderliche arme Familie geradezu eine Strafe, eine Kopfsteuer. Möge wenigstens eine Kommissionsüberweisung beliebt werden.

Der Minister Dr. Voffe widerlegt die Ansicht des Abg. Grafen Limburg. Der Minister versucht an der Hand eines ziemlich umfassenden Materials, die Nothwendigkeit zu erweisen, für die Volksschule erhöhte Mittel in den Staatshaushalt einzustellen. Auf weitere Einzelheiten zurückzukommen verzichtet der Redner. Der Minister erklärt, die Verantwortlichkeit für seine Verwaltung nicht tragen zu können, wenn ihm die Landesvertretung zur Abstellung erkannter und anerkannter Uebelstände nicht beifällig sein will.

Abg. Wirmeling vertritt genau den von dem Abg. Grafen Limburg eingenommenen Standpunkt. Er verteidigt die Bestimmungen des Gesetzes von 1887, soweit sie sich auf die Selbstverwaltungsborgane und deren Einfluß auf die Schulverhältnisse beziehen. Dieses Gesetz sollte eben der einseitigen Herrschaft der Schulbureauftratte ein Paroli bieten. Namentlich tritt der Redner der diskretionären ministeriellen Gewalt gegenüber den Lehrern entgegen. Es müsse aber eine gesetzliche Unterlage für das gesamte Schulwesen gebildet werden. Das sei unumgänglich nöthig. Nicht bloß im Interesse der Entwicklung der Schule im christlich-konservativen Sinne, sondern auch im Interesse der Steuerzahler. Nach einigen Bemerkungen des

Abg. v. Jedlik, der sich ebenfalls gegen die Vorlage erklärt, wird die Diskussion geschlossen. Hierauf wird der Gesetzentwurf abgelehnt, bis auf den § 1, der bereits im Zusammenhang mit der Ergänzungsteuer angenommen ist. — Nächste Sitzung Sonnabend: Dritte Berathung des Ueberweisungsgesetzes und Vermögenssteuer.

## Deutsches Reich.

Berlin, 5. Mai.

Der Kaiser und die Kaiserin sind Mittwoch Abend 10<sup>3/4</sup> Uhr wieder in Potsdam eingetroffen und auf der Wildparfation von den Prinzen Friedrich Leopold und dem Polizeipräsidenten v. Balan empfangen worden. Donnerstag Vormittag 9 Uhr besichtigte der

Kaiser auf dem Bornstädter Felde die Bataillone des 1. Garde-Regiments zu Fuß. An die Besichtigung schloß sich ein Gefechtszerzieren im Feuer, an welchem eine Batterie von der 2. Feld-Artillerie-Brigade und 3 Schwadronen Garde-Ulanen theilnahmen. Nach Abnahme des Parademarsches führte der Kaiser die Truppen persönlich nach der Kaserne zurück.

Der Zustand des Königs Otto von Baiern hat sich, wie die „A. N. - C.“ aus München erfährt, in den letzten Tagen sehr verschlechtert. Der König vollendete am 27. April sein 45. Lebensjahr. Von seinem Geburtstage wußte er selbst nichts. Er gerieth in eine hochgradige Aufregung, als die Herren seiner nächsten Umgebung ihm ihre Glückwünsche darbringen wollten. Seitdem weigert sich der König, Nahrung zu sich zu nehmen und findet auch keinen Schlaf. Die Aerzte glauben, daß die bisher guten Körperkräfte des Kranken dabei schnell schwinden werden.

Ueber die Nordlandsreise des Kaiserpaars wird der „Berl. Börs.-Ztg.“ aus Wilhelmshaven berichtet: „Wie man sich in Marinekreisen erzählt, werden für die diesjährige Nordlandreise des Kaisers ganz außergewöhnliche Vorbereitungen getroffen. Es wurde schon erwähnt, daß der Kaiser in diesem Jahre, wo er zum ersten Male die neue Kaiserjacht „Hohenzollern“ benutzt, auf seiner sommerlichen Erholungsreise nach den Gestaden Norwegens von seiner Gemahlin und dem Kronprinzen begleitet sein wird. Um nun der Fahrt des kaiserlichen Paares auch nach außen hin ein imponantes Gepräge zu verleihen, soll die gesamte Manöverflotte, soweit sie ihr angehörigen Schiffe dienstlich abkömmlich sind, der kaiserlichen Familie auf den südlichen Theil der Nordlandreise das Geleit geben. Bis zu welchem Hafen, darüber sind nähere Bestimmungen noch nicht ergangen. Doch neigt man allgemein zu der Annahme, daß mindestens eine Division der Manöverflotte der Jacht „Hohenzollern“ bis zum Sognefjord, woselbst die Kaiserin längeren Aufenthalt zu nehmen gedenkt, folgen wird. Da auch die Torpedobootsflottille um die Zeit der Abreise des Kaisers mit der Manöverflotte gemeinsam operirt, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch diese dem Kaiser-Geschwader sich anschließt. Ohne Zweifel wird die Reise der Manöverflotte und der Torpedoflottille vorwiegend den Charakter einer Uebungsreise tragen.

## Fenilleton.

### Schloß und Forst.

29.) (Fortsetzung.)

Nach einer Stunde traf Klewiz ein. Er ließ sich bei den Damen melden und da diese nicht zu sprechen waren, begab er sich direkt zu dem Schloßherrn.

Alex sah vielleicht noch ein wenig bläutert und hochmüthiger aus, als gewöhnlich, im Uebrigen war seine Haltung ruhig, nichts Besonderes vermuthen lassend.

Heinrich empfing seinen Gast mit kühler Höflichkeit. Nachdem Beide Platz genommen, begann der Baron von der Freundschaft zu sprechen, welche die gnädige Gräfin ihm schon seit Wochen bewiesen und wie er sich stets hochgehört durch dieselbe geföhlt habe. Dann brachte er weiter hervor, daß Komtesse Lydia einen unauslöschlichen Eindruck auf sein Herz gemacht habe, daß er endlich gegen eine Neigung angekämpft, die ihm anfangs als geradezu hoffnungslos erschienen sei, da seine Vergangenheit manch losen Jugendstreich zu verzeichnen habe; daß er aber in letzter Zeit durch die Lebenswürdigkeit der Komtesse ermuntert, gute Vorsätze und den Muth gefaßt habe, für seine Liebe einzustehen.

„Eigentlich bin ich gezwungen, eine reiche Heirath einzugehen,“ schloß er. „Aber die Leidenschaft, welche ich für Lydia empfinde, wird mir die Kraft geben, auch ohne bedeutende

Mittel vorwärts zu kommen, und so bitte ich Sie denn, Herr Graf, mir die Hand Ihrer Komtesse nicht zu verweigern.“

Heinrich hatte ihn ruhig, scharf beobachtend zugehört. Dann entgegnete er:

„Ich muß Ihnen offen sagen, daß eine Verbindung zwischen Ihnen und der Komtesse nicht nach meinem Wunsche ist. Trotzdem würde ich auf keinen Fall die Wünsche und Neigungen meiner Nichte zu beeinflussen suchen. Auch darf ich Ihnen in keiner Weise Hoffnungen erwecken, denn Lydia scheint Sie durchaus nicht zu bevorzugen, im Gegentheil, ich habe alle Ursache, anzunehmen, daß Ihre Besuche ihr unangenehm sind, und da ist es wohl das Beste, wir beenden einen gegenseitigen Verkehr, der auf die Dauer nur peinlich werden könnte.“

„Also die Komtesse lehnt meinen Antrag ab?“ rief Alex zitternd vor Aufregung.

„Ich kann Ihnen leider keinen anderen Bescheid geben.“

„Das habe ich Ihnen zu danken, Herr Graf!“ sagte der Baron, der seine Wuth kaum noch zu bemeistern wußte. „Ihre Frau Gemahlin ist mir von Herzen zugethan, Lydia hat mir durch nichts ihre Abneigung verrathen. Nur Sie wünschen diese Verbindung nicht, Sie sind das Hinderniß, welches zwischen mir und meinem Glücke steht!“

„Ich gebe Ihnen zu bedenken, Herr Baron, daß ich der Wahrheit gemäß gesprochen habe,“ entgegnete der Graf, dessen Stirn sich in Falten zog. „Wollen Sie mir nicht glauben, so versuchen Sie selbst Ihr Heil!“

Klewiz lachte höhnisch auf.

„Ja, dafür wird man schon gesorgt haben, daß ich auch dort vergeblich bettele. Es ist ja so leicht, ein junges, harmloses Mädchen zu beeinflussen.“

„Nicht ganz so leicht, wie Sie, Herr Baron, es sich vorstellen. Und nun lassen Sie uns diese unangenehme Szene beendigen, die ja doch zu keinem befriedigenden Resultat führen kann.“

„Nein, ich will mich nicht zurückweisen lassen!“ rief Alex, mit dem Fuße stampfend. „Man hat mich in diesem Hause grenzenlos zum Narren gehabt, ich will mein Recht, oder —“

„Herr Baron! Nur Ihre außergewöhnliche Gemüthsverfassung kann eine Entschuldigung für Ihr Betragen sein! Aber meine Nachsicht reicht trotzdem nicht aus. Ich muß Sie bitter, mich allein zu lassen!“

„Oho, so weit sind wir noch nicht, Herr Graf! Sie selbst zwingen mich durch Ihre unausstehliche Hartnäckigkeit, einen Ton anzuföhren, der nicht der des Salons sein mag. Also noch einmal, wollen Sie mir die Komtesse zur Gattin geben, oder nicht?“

„Nur dann, wenn sie, ohne durch irgend welche Einflüsse bestimmt worden zu sein, mir erklärt, daß sie Ihnen, Herr Baron, zugethan sei und nur in der Liebe zu Ihnen ihr Glück finden könne.“

„Ich habe also keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen und sage Ihnen deshalb kurz und bündig, daß, wenn Komtesse Wenden meine

Hand ausschlägt, ich der Staatsanwaltschaft Anzeige machen werde, daß Graf Thilo von Heinrich Mitschulbiger an einem vor Jahren verübten Morde ist.“

So groß die Aufregung des Mannes war, der dem aufgeregten Ankläger gegenüberstand, dieser unvorbereitete Schlag traf zu hart. Der Graf zuckte zusammen und seine bebende Hand stützte sich fester auf die Stuhllehne.

„Sie sind nicht bei Sinnen!“ brachte er endlich mühsam hervor.

„Keineswegs!“ rief Klewiz triumphirend, „aber ich werde schweigen, sobald ich die Aussicht habe, mein Ziel zu erreichen. Es würde mir selbst wenig Ehre einbringen, wollte ich den Verwandten meiner Gattin anklagen.“

Gehen Sie jetzt noch einmal zur Komtesse und sprechen Sie zu meinen Gunsten. Bringen Sie mir noch einmal abschlägige Antwort, so können Sie versichert sein, daß ich sofort dem Gericht eine Anzeige erstatte. Ich glaube, Ihr Name ist in letzter Zeit genug betrittelt worden — durch diese Enthüllung dürfte Ihnen aber Name und Freiheit geraubt sein!“

Der Graf stand gebrochen da. Der Baron hatte nur zu sehr recht. Würde es ihm auch gelingen, sich von der Schuld eines solchen Verbrechens zu reinigen, ein Standal blieb es immerhin, und ein solcher mußte der Achtung vor der gräflichen Familie den letzten Stoß geben. Heinrich blickte in das harte Gesicht seines Gegners. Verbissener Grimm, widerliche Verschlagenheit blickten ihm daraus entgegen. Und dennoch begab sich Thilo zu seiner Nichte,

Zur Reichstags-Auflösung. Nach der Fraktionsführung der freisinnigen Partei am Mittwoch hält man in parlamentarischen Kreisen die Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der Partei zu der Regierungsvorlage bez. dem Antrag Huene für befriedigt. An der Mehrheit für den Antrag Huene fehlten nach den angestellten Berechnungen 33 Stimmen. Unklar ist noch, ob die Auflösung des Reichstags bereits morgen oder erst Sonnabend erfolgt. Zu einer dritten Lesung wird es wohl nicht kommen. Andernfalls würde sich die Entscheidung bis Anfang nächster Woche hinziehen. Der Bundesrath hat angeblich gestern bereits den Antrag erhalten, der Auflösung des Reichstags zuzustimmen. Auch Hirsch's Bureau meldet, daß der Kaiser, wie angeblich von gut unterrichteter Seite versichert wird, den Vortrag des Reichskanzlers über den Stand der Militärfrage, welcher in dem Rathschlage gipfelt, zur Auflösung des Reichstages zu schreiben, mit Wohlwollen aufgenommen, jedoch Bedenken dagegen geltend gemacht habe. Schließlich haben die Gründe des Reichskanzlers den Sieg davongetragen. Der Kaiser hat seine Genehmigung zur Auflösung erteilt. Der Bundesrath soll bereits den Antrag Preußens erhalten und demselben zugestimmt haben.

Die Militärvorlage im Reichstage. Bei Beginn der gestrigen Sitzung des Reichstags hieß es im Foyer — dasselbe wurde in dieser Session noch nicht so gefüllt gesehen, wie gestern; von 394 Mitgliedern waren 362 in der Sitzung anwesend — der Reichskanzler, der eben von einem Vortrage bei dem Kaiser gekommen, wünschete mögliche Abfärbung der Debatte. Aber es kam anders. Der gestrige Tag gehörte ganz den Gegnern der Militärvorlage. Abg. Richter, der zuerst zu Wort kam, zerpflichtete in ausführlichem Vortrage die gestrige Rede des Reichskanzlers. Er hob u. a. hervor, daß wenn die Berufung des Grafen Caprivi auf die militärischen Autoritäten für den Reichstag bindend wäre, im Reiche für den Parlamentarismus kein Platz mehr sein würde. Eingehend zerlegte er den Antrag Huene, der 5/6 der Regierungsvorlage bewillige. Wenn Herr v. Huene mit einem Konflikt gedroht habe, so könne er nur sagen, Gott beschütze die Regierung vor ihren Freunden. Mit der Pistole der Vergewaltigung werde man Niemanden zwingen, eine Ueberzeugung zu verleugnen. Der Reichskanzler trat mit großer Entschiedenheit für Herrn v. Huene ein, lobte die Charakterstärke und den Muth, der dazu gehöre, der eigenen Fraktion gegenüber für die Ansicht der Regierung einzutreten. Der Reichskanzler schloß seine Rede mit einer Korrektur seiner gestrigen. Er habe gesagt, die Regierung akzeptire zwar für jetzt den Antrag Huene, behalte sich aber, im Falle es zu Neuwahlen komme, vor, auf die Regierungsvorlage zurückzukommen. Heute sei er in der Lage zu erklären: Wenn es zu Neuwahlen komme, würde der Antrag Huene Wahlparole sein. Nachdem Frhr. v. Stumm die Zustimmung der Reichspartei zu dem Antrag Huene begründet, erhielt Abg. Bebel das Wort zu einer Rede gegen den Militarismus und für das Milizsystem. Darüber war es fast fünf Uhr geworden und wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

um sie noch einmal zu fragen, ob sie diesem Manne angehören könne. Alex blickte ihm lächelnd nach.

„Den aus dem Forsthaufe fürchtet er nicht,“ murmelte er, „aber vor mir soll er sich schon beugen! Nun ist die Sache wenigstens entschieden, er wird die Komtesse schon auf irgend eine Weise zu gewinnen suchen. Eine halbe Million und dieses scheue Bild mein, dabei kann man sich schon glücklich schätzen!“

Währenddessen war der Graf bei Lydia eingetreten, die am Fenster saß, eifrig mit einer Häkelarbeit beschäftigt.

„Dankst du, da bist Du ja schon wieder, ist Klewiz weg? Aber was fehlt Dir? mein Gott, Du siehst so angetrissen aus!“

„Thilo warf sich auf das Sopha und presste die Hände gegen die Stirn.“

„Daß Kind, mir ist nicht ganz wohl, es hat weiter nichts zu beuten. Ich möchte nur noch eine Frage an Dich richten.“

Die Komtesse wagte kaum zu athmen. Was würde sie zu hören bekommen!

„Baron von Klewiz hat soeben bei mir um Deine Hand geworben, Lydia. Er wünscht, daß Du Dich sofort entscheidest. Ich möchte ihm also gleich Deine Antwort bringen.“

„Aber Dankst du, ich sagte Dir doch schon, fähst Du denn nicht —“

„Ich muß eine bestimmte Antwort haben, Lydia. Willst Du die Hand dieses Mannes annehmen oder ausschlagen?“

„Bedarf es noch der Frage? Ich fühle nichts für diesen Baron, nicht einmal eine rechte Abneigung — er ist mir vollkommen gleichgiltig, also kann ich ihm auch nicht angehören.“

(Fortsetzung folgt.)

Die politische Situation ist andauernd im höchsten Grade kritisch. Auf die Annahme des Huene'schen Vermittlungsvorschlages rechnet nach dem „Berl. Tagebl.“ Niemand mehr. Bei der starken Besetzung des Hauses erscheint die Majorität für Ablehnung in der That gesichert. Heute wird voransichtlich die zweite Lesung der Vorlage noch nicht zu Ende geführt werden. Es sind Redner von jeder größeren Partei gemeldet. Zweifelsfrei ist noch, ob es zur dritten Lesung kommt. Jedenfalls steht der Sturm der Wahlen unmittelbar bevor.

Das „deutsche Parlamentarische Komitee für Schiedsgericht und Frieden“, welchem gegenwärtig 78 Reichs- und Landtagsabgeordnete angehören, hielt am 1. Mai Mittags im Reichstagsgebäude eine zahlreich besuchte Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Baumbach ab. Nach einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen übermittelte der Vorsitzende die dringenden Wünsche des Internationalen Bureaus in Bern und des norwegischen Friedenskomitees, daß die deutschen Abgeordneten auch zu der 5. Interparlamentarischen Friedenskonferenz, welche Ende Juli d. J. in Christiania stattfinden wird, zahlreich erscheinen möchten; für eine gastfreundliche Aufnahme und Ausflüge in die herrliche Umgebung wird gesorgt. Seitens des deutschen Parlamentarischen Komitees wird die in London und Bern so bewährte Maßnahme einer gründlichen Vorberathung am Orte der Konferenz durch die Vorstände aller nationalen Gruppen auch diesmal vorgeschlagen und ist an der Annahme des Vorschlages nicht zu zweifeln. Außer der von der Berner Konferenz überwiesenen Frage des Internationalen Schiedsgerichts über welche eine Fünfer-Kommission (für Deutschland Dr. Max Hirsch) berichtet wird und der Erneuerung eines Antrags zum Schutze des Privateigentums zur See (Abg. Dr. Baumbach) wird ein neuer Antrag betreffend die privatrechtliche Stellung der Ausländer, insbesondere die Ausweisungen von dem Abg. Dr. v. Bar vorgelegt und eingehend begründet und nach Beschwörung durch Abg. Dr. Barth u. A. die Einbringung beschlossen. Das Ersuchen des Vereins „Zentaris“, dahin zu wirken, daß die Erleichterungen des Personenverkehrs in ihrem Einflusse auf die Friedensbestrebungen auf der Friedenskonferenz in Christiania einer Erörterung unterzogen werden mögen, soll dem Internationalen Bureau in Bern übersandt werden.

Der Bundesrath trat am Donnerstag zu einer Plenarsitzung zusammen. In derselben wurden die Vorlagen betreffend den Handels- und Zollvertrag mit Serbien und betreffend das Uebereinkommen mit Serbien über den gegenseitigen Muster- und Markenschutz den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

Ahlwardts geistige Befähigung. Politisch ist Ahlwardt nunmehr abgethan. Trotzdem besitzt er noch Beziehungen und Eigenschaften, die leider dazu nöthigen, sich noch weiter mit dieser Persönlichkeit zu beschäftigen. Wie der Abg. Dr. Horwitz im Reichstage mittheilte, hat Ahlwardt als Aktor ein Pensionierungsgesuch eingereicht. Es schwebt gegen ihn aber doch ein Disziplinarverfahren, das unbegreiflicherweise gar keinen Fortgang zu nehmen scheint. In einer sozialdemokratischen Versammlung sagte ein Redner über Ahlwardt: „Man glaubt an Protektion, schon weil ohne sie nicht zu begreifen ist, wie ein Mensch von dieser geistigen und sittlichen Verfassung Rektor werden und Rektor bleiben konnte. Ahlwardt ist der Beweis für die Korruption, die Ahlwardt bekämpft.“ Und der Reichstags-Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ schließt seinen Bericht über den Ahlwardttag mit dem Satze: „Wie ist es möglich, daß ein geistig so tief stehender Mensch es fertig bekommen hat, die seminaristischen Studien durchzumachen und Jahre hindurch in dem anerkannt hochstehenden Berliner Schulwesen eine Stellung auszufüllen?“ Allerdings ist diese Frage nicht abzuweisen. Berlin hat schon mit mehreren Gemeindevorständen Unglück gehabt!

Zur Tabaksteuer. Die „Deutsche Tabakzeitung“ warnt die pfälzischen Tabakpflanzler, sich durch die Vorspielungen des Abg. Brünings u. Gen. in die Agitation für eine Fabriksteuer hineintreiben zu lassen. Brünings hat kürzlich vor seinen Wählern eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: „Nun stehen wir vor der Militärvorlage, sie wird diesmal vielleicht nicht durchgehen; aber sie wird wiederkommen. Außerdem steigern sich die Ausgaben im Reich ungeheuer und das Reich muß daran denken, seine Schulden zu tilgen. Diese Geldnoth des Reichs ist der beste Verbündete des Tabakbaues. Hier gehen die Interessen Hand in Hand und diese Gelegenheit sollte ausgenutzt werden. An eine Aenderung des Gesetzes, wie sie der Abg. Menzer befürwortet, sei nicht zu denken. Die Einführung der Fabriksteuer im Reich würde keiner großen Schwierigkeit begegnen.“ Die „Dtsch. Tabakztg.“ meint, es sei nicht ganz klar, weshalb die Geldnoth des Reichs der beste Verbündete

der deutschen Tabakbauer sein sollte. Diese bedingt die Einführung hoher Steuern und hohe Steuern beschränken den Luxus. Herr Brünings sagt aber selbst, daß Rauchen Luxus sei und deshalb würde unbedingt eine Abnahme des Tabakkonsums und zwar hauptsächlich bei der billigeren Sorte eintreten; wie dadurch den Tabakbauern geholfen werden solle, sei nicht recht einzusehen. Im übrigen scheint Herr Brünings besser befinden, mögen sie unter sich ausmachen — wir aber möchten ihnen rathe, die Mühe und Zeit, welche sie jetzt für nutzlose Agitationen opfern, darauf zu verwenden, einen möglichst guten Tabak zu erzielen und sie werden davon sicher mehr Vortheil haben.“

Keine neue Antisklaverei-Lotterie. Sicherem Vernehmen nach erscheint die Ausgabe einer neuen Antisklaverei-Lotterie ausgeschlossen; auch ist ein Versuch, der, um das Zustandekommen zu ermöglichen, bei Sr. Majestät gemacht wurde, ebenso wie das persönliche Eintreten mehrerer hochgestellter Persönlichkeiten fehlgeschlagen. Eine Uebernahme der Gelder und Verpflichtungen der alten Lotterie durch die Reichsregierung ist vorerst nicht zu erwarten, zumal da die Wilmann'sche Expedition vermutlich nach Tanganika weiterzieht, mithin eventuelle Nachforderungen den noch vorhandenen Fond übersteigen könnten. Das Komitee tritt am 15. Mai unter dem Vorsitz des Fürsten zu Wied zur Sitzung zusammen, um zugleich über Unterstützung der Kamerun-Bestrebungen Beschluß zu fassen.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Der Maurerstreik in Prag geht infolge der großen Nothlage der Streikenden seinem Ende entgegen; es nahm bereits ein großer Theil der Gesellen die Arbeit wieder auf, dagegen gewinnt in Wien der Streik unter den Erdarbeitern der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft an Ausdehnung. In Prag wurden die Statuen von Hus und Jizka, der „Marobni List“ zufolge, aus dem Schaufenster eines Kaufmanns in böhmisch-Trübau behördlich entfernt, weil der neu ernannte Bischof von Königgrätz, Brynuch, bei seinem feierlichen Einzug bei dem betreffenden Hause vorüberzieht.

### Italien.

In der Umgebung der Aetna finden fortgesetzt Erdbeben statt und ein Lava-Ausbruch gilt als unmittelbar bevorstehend.

### Spanien.

Aus Cuba meldet eine Depesche des Generalgouverneurs von Kuba, daß sich die stärkste Insurgentenschaar unterworfen habe. Damit sei der Aufstand als beendet zu betrachten.

### Belgien.

Der Senat beschloß, den Antrag Deconinck, welcher bezweckt, die Strafen gegen das Duell zu verschärfen, in Erwägung zu ziehen.

### Großbritannien.

Das Unterhaus hat die zweite Lesung der Bill betreffend die Beschränkung des Arbeitstages in den Bergwerken auf acht Stunden mit 279 gegen 201 Stimmen angenommen.

Eine Kundgebung gegen die Homerulevorlage wurde am Mittwoch Nachmittag von den unionistischen Bürgern Londons in Guildhall veranstaltet. Etwa 1500 Mitglieder der Fondsbörse zogen, alle geschmückt mit unionistischen Abzeichen, unter Abführung patriotischer Lieder von Chapel Court nach Guildhall. Dem Zuge voran wurden zwei riesige Union-Jacks, sowie auf hohen Stangen brennende Exemplare der Homerulevorlage getragen. Unter den Vorsängern herrschte eine ungeheure Begeisterung. Guildhall war vollgepfropft mit Unionisten, die vor Beginn der Verhandlungen sich die Zeit mit begeistertem Absingen des Rule Britannia und anderer patriotischer Gesänge unter Schwenkung unionistischer Fahnen vertrieben. Der Lordmayor von London führte den Vorsitz, zahlreiche Citymagnaten sowie Abgeordnete, darunter Chamberlain und Lubbock, wohnten der Kundgebung bei. Sämmtliche Nebenrichteten ihre Spitze gegen die Homerulevorlage; je größer die Ausfälle gegen die Vorlage und gegen Gladstone waren, desto größer der Jubel.

Den strickenden Jutespinnern in Dundee, hauptsächlich Frauen und Mädchen, haben sich weitere 2—3000 angeschlossen, so daß die Zahl der Strickenden jetzt rund 20 000 beträgt. Man hofft, daß die Fabrikanten von der beabsichtigten Lohnreduktion Abstand nehmen.

### Russland.

Dem Jaren ist bereits wieder ein Unfall zugefallen, der ihm beinahe das Leben gekostet hätte. Eine Moskauer Drahtmeldung des „Daily Chronicle“ befragt darüber: Nach einer Meldung aus der Kräm entgingen der Jar, die Jarin und die Großfürstin Xenia mit genauer

Noth dem Tode durch Ertrinken. Ihr Wagen stürzte um, während er über eine Brücke fuhr; alle Insassen wurden in den Fluß geschleudert. Dieser Unfall, sowie eine jüngst vorgekommene Meuterei der Kosaken im Dongebiet, würden so geheim als möglich gehalten.

Bestem Vernehmen nach steht eine Verfügung des kurländischen Gouverneurs bevor, wonach etwa zwei Drittel Juden Libau im Laufe dieses Jahres verlassen müssen. Es herrscht in kommerziellen Kreisen darüber große Besorgung, da viele Juden dem Großkaufmannstande angehören.

In der Stadt Kowal, Station der Warschau-Wiener Bahn, wurden Nachts durch eine furchtbare Feuersbrunst über 80 Gebäude, darunter das Greisnashyl eingäschert. Zwei Insassen des Ashyl verbrannten. Der Schaden ist sehr bedeutend. Gegen 150 Familien sind obdachlos.

### Serbien.

Auf eine vertrauliche Anfrage der Regierung wegen der angeblichen Truppen-Konzentrationen bei Rula antwortete die bulgarische Regierung, daß es sich lediglich um einfache Truppenübungen handle, wie solche alljährlich stattfinden. Die serbische Regierung hat sich mit der Antwort vollständig befriedigt erklärt.

### Asien.

Aus San Francisco wird gemeldet, daß Dampfer, welche aus China daselbst eintrafen, die Nachricht bringen, daß durch das zweimalige Austreten des Gelben Flusses unweit Songtaro mehrere Städte und 500 Dörfer überschwemmt und tausende von Menschen ertrunken seien. Die überlebenden Menschen flüchteten nach Tien-tsin.

### Afrika.

Wie der „Times“ aus Zanzibar von gestern gemeldet wird, waren daselbst Nachrichten aus Mingo vom 10. Februar eingetroffen, denen zufolge der englische Kapitän Williams und Major Smith die Louma-Inseln an der Nordseite des Viktoriaeesees in Folge von Herausforderungen der dortigen Eingeborenen angegriffen und diese letzteren mit Hilfe eines Maxim-Geschützes geschlagen haben. Es wurden drei der Inseln erobert und etwa 100 Sklaven in Freiheit gesetzt.

### Amerika.

Die Aufstandsbewegung in Brasilien hat für die Regierungstruppen abermals eine Schlappe zur Folge gehabt. Dem „New-York Herald“ wird über Valparaiso aus Artigas gemeldet: Der General der Insurgenten, Sarawa, hat die Avantgarde des Generals Lima geschlagen. Der brasilianische Kriegsminister, General Moura, welcher in Rio Grande do Sul eingetroffen war, ist den Oberbefehl über die gegen die Insurgenten aufgebauten Truppen zu übernehmen, ist nach Rio de Janeiro zurückgekehrt, wie verlautet, wegen eines Zwistes mit dem Gouverneur Castilho. Das 30. Infanterie-Regiment ist zu den Insurgenten übergegangen; von dem 23. Regiment wird dasselbe erwartet.

Der nach fünfjähriger Reise von Honduras in Alabama eingetroffene Schooner „Seraphine“ berichtet, daß die Rebellen nach siebenstündigem Kampfe aus dem Hafen von Truvillo, in dessen Besitz sie sich mehrere Tage befunden, wieder hinausgeworfen seien.

## Provinzielles.

—o Marienwerder, 4. Mai. [Ein Feuer] wüthete am 29. v. Mis Mittags 1 Uhr in Czterondzwo. Es brannte bei dem Besitzer Franz Dunajski. Auf welche Weise das Feuer entstanden sein mag, ist noch nicht festgestellt. Scheune und Speicher, sowie Pferde- und Viehstall sind niedergebrannt. D. war verhehrt.

Gr. Neudorf, 2. Mai. [Ein peiniglicher Zwischenfall] ereignete sich in einem Hochzeitshaufe eines Nachbardorfes. Kaum waren die Gäste von der Kirche nach dem Festhaufe zurückgekehrt, als in demselben zwei Gerichtsvollzieher erschienen. Einer der frühlichen Gäste wurde arretrirt und durfte nicht eher zurückkehren, bis er eine Gerichtskostenrechnung in ansehnlicher Höhe beglichen hatte.

Schlöhan, 2. Mai. [Selbstfressende Gänse.] Dem Besitzer W. Nigte in Gr. Konarzyn heiligen Kreises fielen vor einiger Zeit Abends beim Ausleiden mehrere Gänse aus der Tasche. Am andern Morgen fehlten beim Aufsuchen des Gelbes mehrere Stücke, und es ließ sich über deren Verbleib auch nichts feststellen. Erst jetzt, als eine der Brutgänse geschlachtet wurde, klärte sich das Räthsel auf: in dem Magen der Gans wurden drei 10-Pfennigstücke und ein 50-Pfennigstück gefunden. Die Geldstücke sind in dem Magen des Thieres bis zur halben Stärke abgenutzt worden und kaum noch erkennlich.

Schlöhan, 3. Mai. [Ein Kind verbrannt.] Im Dorfe Blumenfelde brannten 7 Gebäude nieder. Die Entstehung des Feuers soll durch Spielen mit Streichhölzern von kleinen Kindern entstanden sein. Ein kleines Kind ist in den Flammen mit umgekommen.

O. St. Oslau, 4. Mai. [Kriegerverein.] Der Vorstand des hiesigen Kriegervereins hat ein Bittgesuch um Verleihung einer Fahne an Sr. Majestät abgesandt. In nächster Zeit wird auf Kosten des Vereins die Ausbildung von zwei Sanitätskolonnen erfolgen. Der Verein zählt augenblicklich 112 Mitglieder.

Allenstein, 2. Mai. [Jugentgleisung.] Gestern Vormittag entgleiste auf dem Bahnhof Göttingendorf die Maschine des um 10 Uhr 7 Minuten hier fälligen Königsberger Personenzuges, so daß derselbe fast um eine Stunde sich verspätete. Die Entgleisung der Maschine erfolgte während der Ausfahrt des Zuges vom Bahnhof an derjenigen Stelle, woselbst das Bahngleise durch eine Weiche mit dem Streckengleise in Verbindung steht. Der Zug befand sich bei dem Unfall der Maschine noch nicht in der vollen Fahr- geschwindigkeit, und diesem Umstand dürfte es vor Allem zuzuschreiben sein, daß nicht der ganze Personen- zug entgleiste.



